



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Tim Pargent, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Dr. Sabine Weigand, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Helmut Markwort, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer und **Fraktion (FDP),**

Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild **SPD**

**Durchführung einer Expertinnen- und Expertenanhörung zum Thema:
Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), bayerische Wohnungsbaugesellschaften
und Liegenschaftspolitik des Freistaates**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Immobilien Freistaat Bayern (IMBY)“, „bayerische Wohnungsbaugesellschaften und Liegenschaftspolitik des Freistaates“ durch. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen wird eingeladen, sich an dieser Anhörung zu beteiligen. Dabei soll insbesondere auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Organisationsstruktur der IMBY, Defizite, bisherige Umstrukturierungsmaßnahmen und Reformüberlegungen
- Organisationskonzepte für das öffentliche Immobilien- und Liegenschaftsmanagement
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Rahmen des öffentlichen Immobilien- und Liegenschaftsmanagements
- Kooperation und Verflechtung zwischen IMBY, staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, Kommunen, gemeinwohlorientierten und privatwirtschaftlichen Wohnungsbauakteuren
- Verfassungsrechtlicher Auftrag und rechtliche Voraussetzungen für eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik im Freistaat (bzgl. Bodenbevorratung und -bewirtschaftung, Bodenfonds, Vorkaufsrechte, verbilligte Abgabe, Erstzugriffsrechte, Konzeptvergabe, Quotierungsregelungen sozialer Wohnungsbau etc.)

Begründung:

In der Sitzung am 1. Dezember 2020 verständigte sich der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr grundsätzlich darauf, eine Expertinnen- und Expertenanhörung zu den Themenbereichen „IMBY, bayerische Wohnungsbaugesellschaften und staatliche Liegenschaftspolitik“ durchzuführen. Hintergrund dieser Einigung war ein mündlicher Bericht des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr über den Sachstand der Immobilien Freistaat Bayern (Drs. 18/9059), der weiterführende Fragen aufwarf, die es in einer Sachverständigenanhörung zu erörtern gilt.